



Noch kein Termin für Fertigstellung

Waldschlößchenbrücke hat bisher 156,6 Mio. Euro gekostet

von Max Kretzschmar



Das Bauwerk im September 2011
Foto: wikimedia.org, creative commons

Seit Jahren wird in Dresden an der Errichtung der umstrittenen Waldschlößchenbrücke gearbeitet. Die Kosten sind mehrfach deutlich angestiegen, die Fertigstellung verzögert sich immer wieder. Zu Beginn des Jahres hatte deshalb LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach zwei schriftliche Anfragen zum Thema „Waldschlößchenbrücke“ an die Dresdner Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) gerichtet. Zum einen wollte er wissen, wie viel Geld die Stadt Dres-

den für dieses Großprojekt bereits ausgegeben hat. Zum anderen sollte die Oberbürgermeisterin Auskunft darüber geben, wann die Waldschlößchenbrücke voraussichtlich fertiggestellt sein wird.

Nun liegen die Antworten vor. Danach hat die Stadt Dresden bislang 156,6 Mio. Euro für den Bau der Brücke ausgegeben. Davon entfallen unter anderem 125,3 Mio. Euro auf Bauleistungen, 15,5 Mio. Euro auf Planungen und 9,7 Mio. Euro auf Baunebenkosten. André Scholl-

bach verweist auf den drastischen Sanierungsstau bei den vorhandenen Elbebrücken. „Während die teuerste Elbebrücke Deutschlands gebaut wird, bröckeln und rosten die vorhandenen Brücken (Augustusbrücke, Albertbrücke, Loschwitzer Brücke) vor sich hin, weil seit Jahren kein Geld für deren Instandsetzung vorhanden ist. Dies ist eine bedenkliche Entwicklung“, sagte Schollbach. Inzwischen wird mit einer Zunahme der Kosten für die Waldschlößchenbrücke um bis zu 25 Mio. Euro gerechnet.

Einen Termin für die Fertigstellung der Brücke konnte die Oberbürgermeisterin indes noch immer nicht benennen. „Aufgrund der Unabwägbarkeiten, die sich zum einen aus dem komplexen Vertragsverhältnis mit den beauftragten Firmen und zum anderen aus dem Witterungseinfluss dieses Winters ergeben, können derzeit keine Termine benannt werden“, teilte die Rathauspitze mit. Ursprünglich sollte die Brücke bereits im Frühjahr 2012 befahrbar sein.

www.linke-fraktion-dresden.de

Organisationskreis:
DGB-Stadverband Dresden,
DIE LINKE Stadverband Dresden,
B90/DIE GRÜNEN Stadverband Dresden,
SPD Dresden,
Kulturbüro Sachsen,
Ausländerrat Dresden e.V.,
Die Naturfreunde Sachsen,

v.i.S.d.P.

PROTEST gegen den Naziaufmarsch

in Sicht-
und Hörweite

DRESDEN
am 13. Februar 2013

weitere Infos:
www.dresden.dgb.de
www.dresden-nazifrei.com

Treffpunkt:
18.30 Uhr
an der Trümmerfrau
vor dem Rathaus Dresden, Dr.-Külz-Ring

Rechtsextremisten mobilisieren für den 13. Februar 2013 erneut zu einem Aufmarsch nach Dresden. Der Aufmarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 hat sich über viele Jahre zu einem Treffen von alten und neuen Nazis entwickelt. 2013 wollen die Nazis mit einem „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ einen sogenannten „Trauermarsch“ ab ca. 18.00 Uhr durchführen. Diesem Missbrauch des Tages werden wir friedlich und gewaltfrei entgegentreten.

Dem Naziaufmarsch
friedlich und entschlossen entgegentreten!

Wir rufen alle Dresdnerinnen und Dresdner, Junge und Alte aus Ost oder West, mit oder ohne deutschen Pass auf, Rechtsextreme nicht ungehindert durch Dresden marschieren zu lassen. Gerade weil wir als Demokratinnen und Demokraten das Recht auf freie Meinungsäußerung als hohes Gut schätzen, müssen wir uns denen entgegenstellen, die die unveräußerlichen Menschenrechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen.

Wir rufen daher am 13. Februar 2013 dazu auf, dem Marsch der Nazis aktiv zu begegnen und mit einem Protest in Sicht- und Hörweite ein entschlossenes Zeichen gegen die menschenverachtende Ideologie der Neonazis zu setzen.

AUFRUF

PROTEST
in Sicht- und Hörweite!

Seit etlichen Jahren entwickeln sich vielfältige Aktivitäten gegen den rechtsextremen Aufmarsch in Dresden. Mit der Menschenkette haben die Dresdnerinnen und Dresdner einen Weg gefunden, gesellschaftlich übergreifend gegen die Nazis Stellung zu beziehen. Dies unterstützen wir ausdrücklich. Aber wir begrüßen auch alle Initiativen, die gewaltfrei und friedlich sowie entschlossen gegen Naziaufmärsche direkt protestieren.

Der friedliche Protest in Sicht- und Hörweite ist ein anerkanntes demokratisches Mittel, seinem Protest Ausdruck zu verleihen. Kommt aus diesem Grund nach der Menschenkette um 18:30 Uhr an die Trümmerfrau vor dem Rathaus Dresden (Dr.-Külz-Ring). Von dort aus werden wir gemeinsam in Sicht- und Hörweite gegen den geplanten Aufmarsch der Nazis protestieren.

Der Schwur:

„NIE WIEDER FASCHISMUS“

musst tagtäglich umgesetzt werden.

18.30 Uhr
an der Trümmerfrau

KURZ&KNAPP

Beschlüsse aus der Stadtratssitzung vom 23. 01.2013

Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 57, Teilbereich Alter Leipziger Bahnhof (Globus-Ansiedlung, V1889/12)

Wurde erneut auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von der Tagesordnung genommen.

Schließung des BSZ für Dienstleistung und Gestaltung

Votum: 25 - 41 - 1
Abgelehnt

Weitere Anwendung der Gehölzschutzsatzung vom 16. Juni 1995 bei kommunalen Vorhaben

LINKE-Stadtrat Andreas Naumann betonte in seiner Rede, dass die Gehölzschutzsatzung dem öffentlichen Anliegen dient, Natur zu schützen und zu pflegen, schädliche Umwelteinflüsse zu mildern und Bäume als kulturelles Erbe zu erhalten. Außerdem verwies er auf die Voten in den Dresdner Ortsbeiräten, welche die Gehölzschutzsatzung befürworteten. Mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgerfraktion wurde der Antrag abgelehnt.

Neubau Dreifeldsporthalle (HEG) & 144. Grundschule

Votum: 61 - 0 - 0
Zustimmung



Andreas Naumann im Stadtrat

Planung Königsbrücker Straße A0675/12

Abstimmung Punkt 1 (Neuvorlegung):
Angenommen
Abstimmung Punkt 2:
Angenommen

Betreiberkonzeption für den Kulturpalast, Schloss Albrechtsberg und die Messe Dresden

Gunild Lattmann stellte den LINKEN-Antrag vor, der gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen wurde.

Einwohnerversammlung zur Umgestaltung der Bautzner Straße

Zu diesem Punkt lagen zwei Anträge vor, unserem LINKE-Antrag wurde mit Änderungen zugestimmt. Die Einwohnerversammlung findet statt am 18.02. 2013.

Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräte gesucht!

Für unsere kommunalpolitische Arbeit in den Stadtteilen Prohlis, Pieschen und Altstadt suchen wir interessierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die sich im Ortsbeirat als Stellvertreterin oder Stellvertreter unserer LINKE-Mitglieder engagieren.

Ortsbeiräte sind wichtige Schnittstellen bei der Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen und der Weiterleitung von regionalen Schwerpunktaufgaben an die Stadträtinnen und Stadträte der LINKEN. Gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern können lokale Probleme diskutiert werden, um im Anschluss nach geeigneten Lösungswegen mit der Verwaltung zu suchen. Mitglied im Ortsbeirat können alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Stadtteiles werden.

Für weitere Informationen melden sich Interessierte bitte im Fraktionsbüro der Stadtratsfraktion unter der Telefonnummer: 0351/4882822.

Bewerbungen per Post, FAX oder Mail:

DIE LINKE im Dresdner Stadtrat
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Mail: linke-fraktion@dresden.de
FAX: (0351)-4882823

DIE LINKE im Netzwerk



jetzt Fan werden und „gefällt mir“ drücken

www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat

Neues aus den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten - Heute: Oberwartha

Oberwartha will kein „Friß oder stirb“

Der Ortsvorsteher freut sich: Oh, so viele Besucher! Es sind mehr Bürger der Ortschaft am westlichen Stadtrand gekommen, als der Rat Mitglieder zählt. So nimmt die Beratung dann bald den Charakter einer Einwohnerversammlung an - unkompliziert dürfen Besucherinnen und Besucher mitreden, schnell wird aus den Reihen der Gäste mal ein Beschlussvorschlag eingeworfen.

Zunächst geht es um ein Papier - eher ein Buch! - der Stadtverwaltung zum Thema Jugendhilfeplanung für den Zeitraum 2013 bis 2016. 381 Seiten umfasst die Vorlage - die (ehrenamtlichen!) Ortschaftsräte haben sie in Form einer CD acht Tage vor Beratungsbeginn erhalten. Mühselig haben sie die Bezüge zum Territorium herausgefiltert - und sind auf eine falsche Darstellung gestoßen. Denn im Verwaltungstext ist eine Passage so formuliert, als müsse die Arbeit des Jugendhauses Cossebaude Alte Feuerwehr überprüft und evtl. neu ausgeschrieben werden. Nein, sagt der Oberwarthaer Ortschaftsrat, die sind gut; was nicht ganz so funktioniert wie gewünscht, das ist die mobile Jugendhilfe im Territorium. Und er verweist auf ein Problem, das ganz natürlich mit dem zweiten Tagesordnungspunkt verbunden ist, in dem es dann um die Buslinie 93 geht. In so einem Gebiet wie Cossebaude und umliegende Ortschaften am Elbhang ist gute Jugendarbeit wesentlich an Verkehrsbedingungen gebunden! Am Ende der Debatte dieses Abends wird dann



Foto: pischtly hufnagel, flickr.com

auch ein Gedanke festgehalten, der einen Widerspruch im Vorgehen der Landeshauptstadt beschreibt: Einerseits werden in Bezug auf die Jugendhilfe Fortschritte angestrebt, andererseits wird mit der angekündigten „Ausdünnung“ des Busverkehrs Mitte Februar eine wichtige Bedingung reduziert!

Denn dieses Thema erregt den Oberwarthaer Rat. Mit 18 Tagen „Vorwarnzeit“ hat er zur Kenntnis bekommen, dass auf der Buslinie 93 von Cotta über Cossebaude nach Oberwartha der Wochenendverkehr um 20 Prozent verringert werden soll.

Das, so heißt es, ist das ganze Gegenteil von dem, was die Bürgerinnen und Bürger „hier oben“ wollen. Vielmehr ist man froh, dass dieser Busverkehr in den letzten Jahren entwickelt worden ist und baut darauf, dass er - wie in der Dresdner Verkehrsleitplanung vorgesehen - künftig weiter erfolgreich ausgestaltet wird. Jetzt fürchtet man, dass eher eine Einspar- und Abwärtsspirale in Gang gesetzt werden könnte. Der Anlass sind offensichtlich wachsende Kosten, und die Begründung mit zu viel Leerfahrten wird auch ernst genommen. Aber, so hört man aus den Besucherreihen, „wir sind auch Dresdner Bürgerinnen und Bürger, und fährt

nicht auch manche Straßenbahn leer?!“ Für Verkehrspolitikern und Menschen, die im öffentlichen Nahverkehr tätig sind, könnte es eine kleine Lehrstunde sein und ein gutes Gefühl, zu erleben, wie in so einer Bürgerinnen- und Bürgerdebatte über den Busverkehr geredet wird - wie dringend er gebraucht wird (Eine Besucherin: „Wir sind erst kürzlich hierher gezogen, ohne die Buslinie hätten wir das nicht gemacht!“), wie die Arbeit der Busfahrerinnen und Busfahrer bewertet wird, wie potentielle Fahrgäste nach vernünftigen Lösungen suchen.

Das Ergebnis im Beschluss des Oberwarthaer Rates: Das Vorhaben der Dresdner Stadtverwaltung wird zunächst mal abgelehnt - auch unter Berufung auf Rechte der Ortschaft, wie sie in der sächsischen Gemeindeordnung festgeschrieben sind. Zur nächsten Sitzung wird der zuständige Vertreter der Landeshauptstadt eingeladen, erst danach wird entschieden. Der Rat möchte Ergebnisse einer Fahrgastzählung erhalten, von der Besucherinnen und Besucher der Sitzung gesprochen haben.

Der Ortsvorsteher hatte die Problematik (die über das konkrete Thema Buswochenendverkehr hinausgeht!) drastisch so formuliert: „Wir wollen kein ‚Friß oder stirb‘“ Die Ortschaft will eine einvernehmliche Lösung. Was man verstehen kann.

Peter Rosse

Man schmückt sich nicht mit fremden Federn

von Gunild Lattmann

Ein altes Sprichwort, das zu befolgen, sich jeder Mann und jede Frau immer mal wieder hinter die Ohren schreiben sollte – festigt es doch Freundschaften und den achtungsvollen Umgang mit der Leistung anderer.

Leider gilt dieses Sprichwort nicht im Wahlkampfgerangel der Parteien. Besonders dann nicht, wenn sich eine Partei auf der Siegerspur glaubt. Bundesweit erleben wir das jetzt besonders ausgeprägt bei der SPD, die sich geradezu hemmungslos mit fremden Federn schmückt: Mit seit langem bekannten und hartnäckig vertretenen sozialen Forderungen der LINKEN. Deren Urheberschaft wird tunlichst verschwiegen, geschweige denn, dass man sich auf den Weg machen würde, den nunmehr gleichermaßen vertretenen Auffassungen offen Nachdruck zu verleihen.

Auch im Dresdner Stadtrat musste unsere LINKE-Fraktion Federn lassen. Da wir den Entwurf des Doppelhaushaltes 2013/ 2014 am 10. Januar in seiner Gänze ablehnten (im Wesentlichen begründet durch seiner ungläubwürdigen Finanzierbarkeit), haben nun die neuen lokalen Bündnispartner der CDU, Grüne und der SPD, ein leichtes Spiel, sich mit Positionen, die wir oft nur gemeinsam und nach langen Auseinandersetzungen in den Fachausschüssen bei der Vorbereitung des Haushaltes durchsetzten,



Foto: MG, pixelio.de

als tapfere Einzelsieger zu schmücken. Mit fremden (roten) Federn also!

Das betrifft besonders die Bereiche Soziales, städtische Krankenhäuser, Umwelt, Schulen - und die kommunale Kulturförderung, wo letztlich auch die immer wieder hartnäckig und sachkundig vertretenen Forderungen unserer Fraktion zu progressiven Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf der Stadtspitze führten.

Es fällt mir schwer nachzuvollziehen, warum es für die SPD- Fraktion und

Bündnis90/ die Grünen (die mit unserer LINKEN trotz der unterschiedlichen Haltung zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes nach wie vor viele Gemeinsamkeiten haben, wie die letzte Stadtratsitzung am 24. Januar 2013 bereits zeigte) nicht möglich sein sollte, mit uns gemeinsam Durchgesetztes öffentlich auch so zu benennen.

Eine jede Partei könnte mit einer solchen Haltung in den Augen ihrer Wählerinnen und Wähler nur gewinnen. Das ist jedenfalls meine Überzeugung.

Sich mit fremden Federn zu schmücken, mag kurzzeitig Erfolg haben. Und entspricht wohl dem vorherrschenden Zeitgeist in der sogenannten Parteiendemokratie.

Zu einer glaubwürdigen Profilierung trägt es nicht bei. Doch andererseits: Wie kann es uns selbst besser gelingen, uns mit den eigenen Federn so zu schmücken, dass wir weithin kenntlich sind? Die Frage ist leicht gestellt – doch schwer zu beantworten.

gunild.lattmann@dielinke-dresden.de

Zur Situation am Arbeitsmarkt

von Hans-Jürgen Muskulus

Seit längerem wird behauptet, die Arbeitslosigkeit älterer Beschäftigter sinke. So meldete zum Beispiel am 25.01.2013 die Bundesagentur für Arbeit, dass die Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen mit 29,3 Prozent so hoch wie nie sei. Das stimmt, ist aber bei genauerer Betrachtung bestenfalls die halbe Wahrheit, so unserer rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Matthias Birkwald. „Eine Beschäftigungsquote von 29,2 Prozent aller 60- bis 64-Jährigen ist kein Grund zum Jubeln. Nur wer mit 64 noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, hat eine Chance, ohne Abschläge in die Rente zugehen. Diese Chance ist aber gesunken. So sicher wie die Rente erst ab 67 nicht mehr Jobs für Ältere schafft, so sicher führt sie zu immer schmaleren Renten und zur mehr Altersarmut. Die Rente erst ab 67 zurückzunehmen wäre ein wichtiger Schritt im Kampf gegen künftige Altersarmut“.

Das Beschäftigungsprojekt „Perspektive 50plus“ zeigt auch in Dresden eher bescheidene Erfolge. Im November 2012 gab es im Jobcenter Dresden knapp 4.541 Arbeitslose im Alter über 50 Jahre. Das sind 29,4 % aller Arbeitslosen im SGB II. 2012 wurden insgesamt über 34 Mio. EURO für Eingliederungsleistungen ausgegeben. Dennoch, in Dres-



Foto: Paul Marx, pixelio.de

den gibt es zurzeit über 38.000 erwerbsfähige Langzeitarbeitslose in ca. 30.000 Bedarfsgemeinschaften. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um fast 6 %. Das Jobcenter Dresden stellt weiterhin fest: „Bei der Betrachtung der Chancen und Möglichkeiten der Kundinnen und Kunden ist festzustellen, dass ein immer weiter wachsender Teil der aktuell vom Jobcenter betreuten Kundinnen und Kunden nicht ohne größere Hilfen integrierbar ist.“ Die Langzeitarbeitslosigkeit bestimmter Gruppen hat sich demnach verfestigt. Für das Jahr 2013 stehen weniger als 27 Mio. EURO

für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Dies bedeutet einen Rückgang um 16 % obwohl die Anzahl der betroffenen nur um 6 % zurückging. Dieser Widerspruch wird nunmehr auch in einem Wahljahr nicht mehr aufgelöst.

Natürlich können sich die 700 Beschäftigten des Jobcenters noch so große Mühe geben korrekte Bescheide zu erlassen, wir müssen jedoch festhalten: Ein Gesetz, das handwerklich schlecht ist und im Wesentlichen von den Betroffenen nur fordert und die Förderung vernachlässigt, wird auf Widerspruch sto-

ben. Im Jahr 2012 wurden die offenen Widersprüche unter 3.000 gehalten. Jedoch belasteten die Nachwirkungen des Rückstandsabbaus 2011 immer noch die tägliche Arbeit, da am Jahresende 2012 alleine 5.600 Klageverfahren und überdimensional viele Kostennoten offen sind. Der Großteil der offenen Klageverfahren betrifft die Kosten für Unterkunft (KdU) und Heizung. Bis zu einer höchstrichterlichen Entscheidung zum „Schlüssigen Konzept“ wird sich die Situation voraussichtlich auch im Jahr 2013 nicht ändern. Gegenwärtig sind über 5.000 Klagen noch nicht zur Verhandlung gekommen. Die Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung betragen 2012 über 110 Mio. EURO. Über das fehlende sogenannte „Schlüssige Konzept“ wurde hier in dieser Zeitung schon mehrfach berichtet. Im Jahr 2013 werden erneut höhere Angemessenheitswerte für die KdU und die Regelsatzerhöhung der Bundesleistungen ab dem Jahresbeginn kostensteigernd wirken. Mit dem Stadtratsbeschluss vom 24.11.2011 wurden angemessene Kosten der Unterkunft aktualisiert. Im ersten Halbjahr 2013 werden die Unterkunfts-kosten zum 01.01.2013 erneut angepasst. Der dazu nötige Stadtratsbeschluss fehlt noch, so dass erneut rückwirkend die KdU angehoben werden müssen.

hans-juergen.muskulus@dielinke-dresden.de

KOLUMNE

ganz
hinten links

von Jens Matthis

Dresden ist immer einer Reise wert. Das mag einem Dresdner zwar zunehmend seltsam vorkommen und dennoch brummt das Übernachtungsgewerbe. Und das liegt keinesfalls nur daran, dass es alljährlich im Februar viele Polizeihundertschaften aus aller Herren Bundesländer in die Dresdner Hotels spült. Da kann noch nicht einmal der Semperoperball mithalten. Und wie das so ist in der Wirtschaft: Je besser es läuft, desto mehr jammern die Manager. Vor einigen Jahren konnten sie die Liquidation der städtischen Werbe- und Tourismus GmbH durchsetzen. Seitdem hat Dresden wachsende Ausgaben für Stadtmarketing und Tourismusförderung, aber auch für die Kultur, die so viele Touristen anzieht, partizipiert aber nicht mehr unmittelbar an den Einnahmen dieser Branche.

Das fanden viele ungerecht. Und so beantragte die SPD vor drei Jahren einst eine besondere Abgabe von einem Euro auf jede Hotelübernachtung. Geschätzte Gesamteinnahmen: ca. 2 Millionen Euro. Selbstverständlich wurde dieser „wirtschaftsfeindliche“ Vorschlag von CDU und FDP scharf zurückgewiesen. Die Namen für das Projekt wechselten und wechselten weiter: Ku(ltu)rtaxe, Bettensteuer, Tourismusabgabe usw. usf. Und endlos wurde darüber diskutiert. Mit den juristischen Feinheiten will ich die Leserschaft hier nicht langweilen, damit wollen deutsche Gerichte noch ein paar Jahre beschäftigt werden. Als Gegenvorschlag begrüßten CDU und FDP einst die nach jahrelangem Diskutieren, Jammer und Verschleppen zustande gekommene Selbstverpflichtung der Branchen zum Einsammeln eines für die Tourismusförderung zweckgebunden (!) Betrags. Stolze 200.000 Euro kamen so zustande. Natürlich noch nicht real, sondern als unverbindliches Versprechen.

Da riss wohl selbst manch Konservativen der Geduldsfaden, zumal der Dresdner Haushalt bekanntermaßen sehr löchrig ist. Statt der „unrealistischen“ Einnahme von zwei Millionen schrieb die neue Haushalts-Zauber-Koalition aus CDU, SPD und Grünen nunmehr für 2013 sieben (!) Millionen in den Plan, also zwei bis drei Euro pro Übernachtung. Niemand rechnet im Rathaus ernsthaft damit, dass bei Fehlen jedes Vorlaufes ein derartiger Betrag realisiert werden könnte. Mit hoher Sicherheit wird es sich um eines der Haushaltslöcher handeln, die noch in diesem Jahr für jederman offenkundig werden.

Aber andererseits: Vielleicht trägt gerade diese originelle Haushaltspolitik zum internationalen Interesse an der Stadt bei und lockt neue Gäste an.

Wie vierzig Zentimeter zum Aufstand führen

von Tilo Wirtz

Beim Wettbewerb um den Titel „Rebellischster Stadtteil“ würde man sicher nicht zuerst an Loschwitz und den Weißen Hirsch denken. Allerdings grummelt es schon seit Monaten mächtig gerade in diesem Stadtteil. Grund sind banale vierzig Zentimeter. Um dieses Maß möchten die Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB) bei der anstehenden Sanierung der Straßenbahnschienen den Gleisabstand vergrößern.

Zukunftsfähig mit drei Metern Achsabstand der Gleise

Bereits seit fast dreißig Jahren wird in Dresden beim Bau von Straßenbahngleisen ein Gleisachsabstand von drei Metern realisiert. Dies dient dem Einsatz von neuen Generationen von Straßenbahnen, bei denen die mögliche Fahrgastzahl nicht mehr über die Länge, sondern über die Breite der Züge erhöht wird. Denn bei einzelnen Linien ist die

satz her wohlgesonnen, sich zunächst noch einmal mit den seitens der Stadt und DVB zur Verfügung gestellten Informationen und Plänen befasste.

Von Sperschattenmaßnahmen, schleifenden Schnitten und Sicherheitsaudits

Die Gleiserneuerung auf der Bautzner zwischen Martin-Luther-Straße und Grundstraße erfolgt als sogenannte Sperschattenmaßnahme während die Bautzner Straße zwischen Rothenburger und Martin-Luther-Straße grundlegend modernisiert wird, übrigens ein unstrittiges Bauvorhaben. Da die Gleise nun einmal unterbrochen sind und die Straßenbahn sowieso zunächst nicht fahren kann, können nun weiter bis zur Grundstraße die Gleise ausgewechselt werden, ohne die Straßenbahn zu behindern. Diese Sperschattenmaßnahme muss angeblich nicht beantragt und genehmigt wer-

vorgesehen ist. Der Verfasser schaute ob der Antwort etwas ratlos auf seine durch die DVB bereitgestellten Pläne, auf denen buntfarbig dargestellt war, auf welchen Abschnitten LKW, PKW oder Radverkehr noch neben dem Lichtraumprofil der Straßenbahn herfahren können, was aber verkehrsrechtlich ja nicht vorgesehen sei und doch lebenswirklich so geschieht. Die Antwort war also zunächst mal ungeeignet, einen rebellierenden Stadtteil zu befrieden.

Einwohnerversammlung

Für die LINKE war dies Anlass genug, Straßen- und Tiefbauamt sowie DVB noch einmal in die Pflicht zu nehmen. Um dem ganzen auch ein wenig Verbindlichkeit zu verleihen, beantragte die Fraktion DIE LINKE eine förmliche Einwohnerversammlung. Der Antrag wurde im Stadtrat angenommen und am 14. Februar wird die Stadtverwaltung



Foto: Hans-Jürgen Burkhardt

erforderliche Leistungsfähigkeit über die Länge der Züge oder die Taktfrequenz kaum noch steigerbar – bleibt also nur die Verbreiterung der Wagen und damit ein Auseinanderziehen der Gleise. Inzwischen dürften knapp achtzig Prozent des Dresdner Streckennetzes darauf eingestellt sein. Bis hier hin gibt es am Vorgang auch nichts zu beanstanden.

Angst vor Dauerstau und dem Verlust des Vorgartens

Öffentlichkeitsarbeit sollte Verständnis für ein Bauvorhaben herstellen und dazu Ängste der Betroffenen abbauen. Sowohl Stadtplanung als auch DVB begnügten sich mit einer Information der Öffentlichkeit und vernachlässigten die Kommunikation, bei der im Unterschied zur Information immer ein großer Teil nicht im Reden, sondern im Zuhören besteht. Jedenfalls wuchsen nach der Information im Ortsbeirat die Ängste im Stadtteil, wobei einerseits zunehmender Stau durch Verengung der Fahrbahnen und infolge dessen eine zukünftige Verbreiterung der Bautzner Landstraße mit einhergehendem Verlust von Privatgrundstücken befürchtet wurde. Nun erreichte die Stimme der erbosten Anwohnerschaft auch die LINKE-Fraktion im Stadtrat, die, Vorhaben der DVB eigentlich vom Grund-

den, da sie lediglich im Bestand erfolgt, oder, da der Gleisabstand erhöht wird, zumindest „bestandsnah“. Das bedeutet auch, dass die Straße nicht verbreitert wird und deshalb in der Tat die auseinandergezogenen Gleise zu einer kritischen Verengung der Fahrbahnen führen, nämlich so, dass Autos nicht mehr neben der Straßenbahn fahren können. Im Protokoll der Information des Bauausschusses heißt es dazu auch: „Aktuelle Auszüge aus dem Sicherheitsaudit weisen aus, dass schleifende Schnitte mit einhergehender Minimierung der Fahrspurbreite anders auszubilden sind. Mit den schmaleren Fahrspurbreiten können auch mehr als bisher haltende Fahrzeuge die Durchlässigkeit der Straßenbahn mindern.“ Dies betrifft mindestens drei Stellen, bei denen schlecht vorstellbar ist was passiert, wenn eine Straßenbahn und ein Auto nebeneinander mit gleicher Geschwindigkeit herfahren und dann die Straßenbahn langsam den Gleisen nach rechts folgt, bis die Fahrbahn schmaler ist, als das Auto breit.

Die DVB antworten rätselhaft

Mit diesem Problem wurden die DVB mit Bitte um Erläuterung konfrontiert. Die Antwort hatte zum Inhalt, dass Nebeneinanderherfahren auf der Bautzner (Land)-Straße verkehrsrechtlich nicht

unter Leitung der Oberbürgermeisterin Rede und Antwort stehen müssen. Anregungen aus der Versammlung müssen dann durch den Stadtrat beschieden werden. Hoffen wir, dass sich für die genannte Problematik noch Lösungen finden lassen. Denn es ist gut, wenn die DVB sich baulich auf zukünftige Herausforderungen einstellen, nur es muss denn auch technisch funktionieren.

tilo.wirtz@dielinke-dresden.de

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Tilo Wirtz, Peter Rosse, Gunild Lattmann, Jens Matthis, Max Kretzschmar
Fotos: H.-J. Burkhardt, pixelio.de, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 27.02.2013
Druck:
Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog
DIE LINKE, im Dresdner Stadtrat
Rathaus • 1. Etage • Zimmer 176
Dr.-Külz-Ring 19 • 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
Bürgertelefon: 0351 - 488 2822